n Auktionssystem für
was nicht EU-kompatibel ist,
ekehrte überlegen, nämlich
nstigungen immer neue

uwanderung auch damit
ank aufhört, den Franken
sie in den letzten 10 Jahren fast
hat damit die Zuwanderung
ustrie und im Tourismus wurden
e von ausländischen Fach-
lbst wenn es in einem Monat zu
d nicht viel passieren, denn es
e es im Sinn der Bevölkerung,
achdenken würde, wie man
en Griff bekommt.

itung.ch
itung

Von Kurtaxe bis Punktesystem: Wie die Schweiz die Zuwanderung künftig steuern könnte

10-Millionen-Initiative Was passiert, wenn die Schweiz die Personenfreizügigkeit kündigen muss? Die SVP zeigt sich offen für alternative Migrationsmodelle – doch auch diese haben ihre Tücken.

Die Ausgangslage ist relativ klar: Bei einem Ja zur 10-Millionen-Initiative der SVP müsste die Schweiz im Extremfall die Personenfreizügigkeit mit der EU kündigen. Für SVP-Nationalrat Thomas Matter wäre ein solches Szenario verkraftbar. «Ausserhalb der EU und der Efta gibt es über 160 Staaten, die auch ohne gut zurechtkommen», sagt er. Im Grunde gehöre die Steuerung der Zuwanderung zu den «zwingenden Aufgaben eines souveränen Staates».

Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit im Jahr 2002 ist die Schweizer Bevölkerung um rund 1,7 Millionen Personen gewachsen, was vor allem auf die Einwanderung zurückzuführen ist. Diese will die SVP mit der Initiative bremsen.

Doch wie würde die Schweiz die Immigration ohne Personenfreizügigkeit lenken? Vor der Abstimmung am 14. Juni gibt sich Matter flexibel: «Wir sind offen für alle Modelle, mit denen sich die Zuwanderung wirksam steuern und auf ein massvolles Niveau begrenzen lässt», sagt der Co-Präsident des Initiativkomitees und nennt eine Zuwanderungsabgabe oder ein Punktesystem als «prüfenswerte Optionen». Mögliche Alternativen würden aber erst ein Thema, «wenn die Personenfreizügigkeit tatsächlich gekündigt werden müsste».

Bereits heute steht in der Verfassung, dass die Schweiz die Zuwanderung «eigenständig» steuert und diese durch «jährliche Höchstzahlen und Kontingente» begrenzt. Diesen Passus hat das Volk 2014 mit dem Ja zur Masseneinwanderungsinitiative der SVP bestätigt. Bei der

Die Steuerung der Zuwanderung sei für einen souveränen Staat «zwingend»: SVP-Nationalrat Thomas Matter. Foto: Manuela Matt

Immigration aus der EU kommt der Artikel jedoch nicht zur Anwendung. Das Bundesgericht hat 2016 entschieden, dass die Personenfreizügigkeit Vorrang hat.

Hingegen kennt die Schweiz Kontingente für Einwanderer aus Drittstaaten. Mit Kontingenten wurde die Zuwanderung auch schon vor Einführung der Personenfreizügigkeit gesteuert. Das Modell ist jedoch umstritten. «Ein Kontingentsystem tendiert zur ökonomischen Ineffizienz wegen des administrativen Aufwands, Intransparenz und politischen Lobbyings», sagt Rolf Weder, Professor für europäische Integration und Aussenwirtschaft an der Universität Basel.

Das sind neben Kontingenten und Personenfreizügigkeit die wichtigsten Modelle zur Steuerung der Zuwanderung:

Auktionen: Firmen müssen Lizenzen ersteigern

Rolf Weder schlägt ein Auktionssystem vor. Demnach bestimmt der Staat, wie viele ausländische Arbeitskräfte ins Land kommen dürfen, und vergibt dafür Lizenzen, die von den Arbeitgebern ersteigert werden können. «Dadurch stellen wir sicher, dass Leute in die Schweiz kommen, die den grössten Mehrwert für die Gesellschaft generieren», sagt Weder.

Der Ökonom ist überzeugt, dass bei diesem Modell nicht nur Hochqualifizierte einwandern würden. «Das Gesundheitswesen wird ebenfalls bereit sein, den Preis für zusätzliches Pflegepersonal aus dem Ausland zu bezahlen, wenn es auf dieses wirklich angewiesen ist.»

Die Einnahmen könnten gemäss Weder an alle Arbeitgeber zurückerstattet werden, aber auch für die Ausbildung von knappen inländischen Fachkräften verwendet werden. Als Beispiel aus der Praxis nennt er die CO_2-Zertifikate, die versteigert werden. «Der Emissionshandel zeigt, dass ein Auktionssystem funktioniert.»

Der Bundesrat hat sich in einem Bericht kürzlich zu diesem System geäussert und gibt zu bedenken, dass «Unternehmen mit der höchsten Zahlungsbereitschaft bevorzugt würden».

Kurtaxe: Zuwanderer bezahlen eine Abgabe

Reiner Eichenberger, Professor für Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg, spricht sich schon seit längerem für eine Zuwanderungsabgabe aus. Erwachsene Neuzuwanderer sollten für drei bis fünf Jahre zusätzlich zu den normalen Steuern eine Abgabe von 10 bis 25 Franken pro Tag entrichten, ähnlich wie eine Kurtaxe. «Sie profitieren von gewaltigen Investitionen und Vorleistungen der Inländer», sagt Eichenberger.

Der Ökonom ist überzeugt, dass durch eine solche Abgabe die Zuwanderung «wirkungsvoll» gesenkt und gelenkt werden könnte. «Je höher der Preis ist, desto weniger Migranten kommen.» Wenn die Zuwanderung trotzdem weiter steigen würde, könnte man einfach den Preis erhöhen.

Die Idee stösst nicht nur in der Politik auf Interesse, auch der Milliardär Alfred Gantner hat sich dafür ausgesprochen. In Singapur wird eine Zuwanderungsabgabe bereits angewandt. Doch der Zustrom ausländischer Arbeitskräfte ist dort nicht zurückgegangen. Der Bundesrat kommt in einem Bericht gar zum Schluss, dass ein solches Modell mit «erheblichen rechtlichen Hürden» verbunden wäre und «keinen nachweisbaren volkswirtschaftlichen Nutzen» hätte.

Punktesystem: Einwanderer müssen Kriterien erfüllen

Kanada und Australien kennen ein Punktesystem: Personen bekommen erst dann eine Aufenthaltsbewilligung, wenn sie verschiedene Kriterien erfüllen. Dazu gehören Sprachkenntnisse, Alter, Ausbildung oder Berufserfahrung. «Das kanadische Punktesystem könnte ein Lösungsansatz für die Schweiz sein», schrieb Alt-SVP-Bundesrat Ueli Maurer vor einem Jahr in einem Parteiorgan. Im Vordergrund stehe nicht die Freizügigkeit, «sondern der Bedarf und die Person».

Allerdings haben Kanada und Australien in der jüngeren Vergangenheit ihre Punktesysteme reformiert und stärker auf die Arbeitsnachfrage ausgerichtet. Auch Grossbritannien, das nach dem Brexit ein Punktesystem eingeführt hatte, musste Gegensteuer geben, weil die Zuwanderung plötzlich stark anstieg.

Lob und Kritik für die Personenfreizügigkeit

Daniel Lampart, Chefökonom des Gewerkschaftsbundes, ist skeptisch gegenüber all diesen Modellen. Diese würden mehr Arbeitslosigkeit, prekäre Jobs, Lohndruck oder mehr Schwarzarbeit produzieren. «Die Personenfreizügigkeit ist in Verbindung mit dem Lohnschutz besser als alle anderen Migrationssysteme, die wir kennen», sagt Lampart. Ein grosser Vorteil der Personenfreizügigkeit sei, dass die Einwanderung mit den Qualifikationsanforderungen der Stellen relativ gut übereinstimme. «Wegen des Lohnschutzes dürften die Firmen keine Ausländer zu Dumpinglöhnen auf Kosten der Inländer anstellen.»

Kritisch beurteilt die Personenfreizügigkeit nicht nur die SVP, sondern auch Reiner Eichenberger: Langfristig gesehen, drücke diese den Wohlstand. «In erster Linie profitieren Unternehmen, die einfach im Ausland Personal rekrutieren können.» Die Normalbürger hätten wenig davon, spürten aber die Folgen des Bevölkerungswachstums. «Es ist besser, wenn die Schweiz die Zuwanderung selbst steuert.»

Adrian Schmid